

Revisiting Dealing with the Past and Transitional Justice in the Balkans

Veranstalter: Forum Ziviler Friedensdienst (ForumZFD) / Philosophische Fakultät der Universität Prishtina / Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Prishtina, 20.-22. September 2018

Bericht von Judith Brand, Sarajevo

□ Einen kritischen Blick auf die Vergangenheitsbearbeitung und Übergangsjustiz auf dem Balkan zu werfen sowie verschiedene Ansätze zu untersuchen, war das Ziel einer Konferenz, die gemeinsam Ende September 2018 von der Universität Prishtina und der Nichtregierungsorganisation Forum Ziviler Friedensdienst (ForumZFD) sowie der Südosteuropa-Gesellschaft veranstaltet wurde, unterstützt vom Schweizerischen Department des Äußeren. Nach Belgrad 2015 und Sarajevo 2017 war es die inzwischen dritte Konferenz, die das ForumZFD mit Universitäten im ehemaligen Jugoslawien organisierte, und die zweite in Kooperation mit der SOG. Die Konferenz brachte Akademiker/innen, Vertreter/innen der Zivilgesellschaft sowie Studierende vor allem aus der Region, Deutschland, Großbritannien und Norwegen zusammen.

Nach den Eröffnungs- und Grußworten, die unter anderem auch SOG-Vizepräsidentin *Gudrun Steinacker* sprach, fragte *Eric Gordy*, University College London, in seiner Keynote: „Where are we (not): social conditions for peace and reconciliation“ und zog eine Art Bilanz. Vieles sei bisher getan worden im Bereich Vergangenheitsbearbeitung, allerdings wenig erreicht. Einer der Fehler liege im exzessiven Fokussieren auf Strafverfolgung, welche die individuelle strafrechtliche Verantwortung betone, doch die Frage nach politischer Verantwortung in den Hintergrund rücke. Kommunikation von Eliten zu Eliten unter Ausschluss der Gesellschaft, die Distanz von Institutionen und regionaler Öffentlichkeit, fehlender politischer Wille, die Kontinuität politischer Eliten nannte er als weitere Fehler. Gordy zählte auch einige Erfolge auf – unter anderem der hohe Grad an zusammengetragener und verfügbarer Dokumentation, was ein Leugnen von Kriegsverbrechen inzwischen extrem schwierig mache. Er riet dazu, eben jene Fakten weiter öffentlich zu machen, die Vergangenheitsbearbeitung nicht Anwälten und Politikern zu überlassen, sondern Kunst, Kultur, Religion, die gesamte Gesellschaft einzubeziehen und eine neue Generation von Wissenschaftler/innen zu fördern.

Das erste Panel widmete sich der **Theorie und Praxis von Vergangenheitsbearbeitung und Übergangsjustiz**, moderiert von *Orli Fridman* von der Belgrader Sigindunum Universität. *Klaus Bachmann*, Robert-Bosch Akademie, vertrat die These, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten Transitional Justice (TJ) zu einem breiten Forschungs- und Praxisfeld entwickelt habe. Er warnte davor, TJ-Mechanismen auf Staaten anzuwenden, die sich in einem Systemwandel befinden, wenn es eigentlich um die Erreichung von Demokratie und die Umsetzung von Menschenrechten ginge. Um nicht zu riskieren, Transitional Justice als „hegemonistisches Element“ zu missbrauchen, plädierte Bachmann für die Eingrenzung von Übergangsjustiz auf rein strafrechtliche Aspekte.

In Serbien sei der Prozess der Übergangsjustiz kollabiert, so das Fazit von *Bojan Perović* von der Universität Hamburg. Seit den 1990er Jahren herrsche tiefer Nationalismus, der von der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (vor allem von Dobrica Ćosić) formuliert worden sei und sich weiterhin sowohl in der Politik, als auch in der Wissenschaft, in Textbüchern halte. Alle serbischen Politiker hätten diesen Nationalismus mehr oder weniger gestützt, genutzt und trotz einiger möglicher Wendepunkte nie ernsthafte Schritte dagegen unternommen. – Anhand praktischer Beispiele machte

Maša Avramović von der NGO C31 aus Serbien Mut, wie man junge Menschen für einen engagierten, sinnvollen Diskurs über schwierige Vergangenheitsfragen gewinnen kann. Ihre Organisation arbeitet mit Museen zeitgenössischer Geschichte zusammen und spannt in Workshops mit Schülerinnen und Schülern den Bogen von geschichtlichen Themen zu heutigen gesellschaftlichen Problemen.

Nur eine regionale Kommission könne die Wahrheit etablieren, „auf die unsere Gesellschaft und die junge Generation ein Recht haben, sie zu wissen“, so *Bekim Blakaj* vom Humanitarian Law Center Kosovo (HLCK). Blakaj gab einen Überblick, was im Kosovo im Bereich Transitional Justice bereits erreicht wurde – das Zusammentragen von Daten über 13.535 getötete und vermisste Personen, 48 Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen, Reparationsgesetz – und wo weiterhin Herausforderungen liegen: Verpasste Chance, nach dem Konflikt in den neugegründeten Institutionen ein ordentliches Vetting-Verfahren anzuwenden, einseitige manipulative Narrative in Unterrichtsbüchern, etc.

Denisa Kostovicova von der London School of Economics and Political Science untersuchte im zweiten Keynote speech der Konferenz Mechanismen und Wirkungen von Übergangsjustiz in grenzübergreifenden Konflikten. Oft würde das Gegenteil dessen erreicht, was man gewollt habe, und ein „impunity gap“ oder neue Ungerechtigkeiten geschaffen, wenn Mechanismen der Übergangsjustiz nur auf Staaten begrenzt angewendet würden. Sie plädierte für grenzübergreifende Mechanismen und nannte in diesem Zusammenhang REKOM, die Initiative zur Einrichtung einer regionalen Wahrheitskommission.

Das von *Erëmire Krasniqi*, Kosovo Oral History Initiative, moderierte zweite Panel drehte sich um „**Troubled Past and Practices of Reconciliation**“. *Henry Redwood* vom King's College London stellte Kunstprojekte vor, die sich mit Erinnerungen an Opfer von Kriegsverbrechen beschäftigen, und untersuchte die Rolle und den Beitrag von Kunst in Vergangenheitsbearbeitung und Versöhnung. – „Dating“ und die Rolle inter-ethnischer Beziehungen in der bosnischen Nachkriegsgeneration waren das Thema von *Ivor Sokolić*, London School of Economics and Politics. Er definierte Versöhnung als Aktivität, zu der auch Freundschaften und Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen gehören. – Ausgehend von seiner persönlichen Erfahrung erläuterte *Kemal Pervanić* Hintergrund, Ansätze und Erreichtes seiner NGO Most Mira (Friedensbrücke), welche Aktivitäten für junge Menschen in Bosnien und Herzegowina anbietet. Auch hierbei spielt Kunst eine wichtige Rolle, um „aus der Dunkelheit“ zu gelangen.

Mit „**Approaches to Dealing with the Past**“ war das dritte Panel überschrieben, dessen Moderation *Judith Brand* vom ForumZFD aus Sarajevo übernahm. *Bekim Baliqi* von der Universität Prishtina setzte sich anhand des Kosovo-Fallbeispiels damit auseinander, wie Erinnerungskultur für nationale Identitätsbildung benutzt wird. Offizielle Narrative, wie etwa in Schulbüchern, seien meist sehr einseitig und antagonistisch; NGOs und elektronischen Medien etwa komme hier eine wichtige Rolle zu, um alternative Ansätze der Vergangenheitsbearbeitung zu forcieren. – *Naum Trajanovski*, Polnische Akademie der Wissenschaften, zeigte anhand der offiziellen Feierlichkeiten des makedonischen Ilinden-Aufstandes, wie unterschiedliche politische Akteure diese für ihre politischen Agenden nutzen.

Eine Kultur des „Nicht-Bedauerns“ machte *Gorana Ognjenović*, Universität Oslo, im ehemaligen Jugoslawien aus und untersuchte die Rolle der Religionen in deren Entstehung. Sie unterschied zwischen Bedauern und Entschuldigung: Bedauern könne man nur Handlungen, die man auch anders hätte gestalten, Entscheidungen, die man anders hätte fällen können. Als politische Haltung sei Bedauern nicht selbstreferenziell, sondern richte sich immer auch an die Gegenseite.

Das Engagement der Schweiz in der Vergangenheitsbearbeitung und Übergangsjustiz erläuterte

Sabrina Büchler vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten. *Nora Ahmetaj*, Center for Research, Publication and Documentation, Kosovo, warf einen kritischen Blick auf das zivilgesellschaftliche Engagement in der Vergangenheitsbearbeitung im Kosovo und der Region. Die meisten Aktivitäten im Bereich Übergangsjustiz seien von NGOs ausgegangen, die einen „großartigen Job“ gemacht hätten, indem sie z.B. Kriegsverbrechen und menschliche Verluste dokumentiert sowie Unterrichtsmaterialien entwickelt hätten. Gleichzeitig sei alles „Stückwerk geblieben“, da Regierungen und politische Akteure nicht einbezogen waren. Entsprechend groß sei nun die Herausforderung, an einer möglichen Wahrheitskommission im Kosovo mitzuarbeiten.

Das vierte Panel, moderiert von *Besa Luzha*, Universität Prishtina, befasste sich mit „**Politics of Memory and Commemoration**“. *Hariz Halilovich*, RMIT University Melbourne, stellte ein Kunst- und Forschungsprojekt vor, das er gemeinsam mit *Adis Elias Fejzić*, ebenfalls RMIT, entwickelt und durchführt: „Places of Pain: Recognizing the Pain of Others“. Individuelle Erinnerung soll dabei nationalistischer Kollektivierung entgegengesetzt werden. – Ebenfalls mit Kunst setzte sich *Claudia Zini* vom Courtauld Institute of Art, London, auseinander. Sie untersuchte die Zeichnungen des bosnischen Künstlers *Mevludin Ekmečić*, die dieser 1992-95 als eine Art visuelles Kriegstagebuch angefertigt hat.

Struan Kennedy von der Glasgow School of Art widmete sich den jugoslawischen monumentalen Denkmälern „spomenik“, die frei von nationalistischer Symbolik seien und eine Hierarchisierung der Opfer vermieden. – Aus Albanien kam *Jonila Godole*, Direktorin des Institute for Democracy, Media and Culture (IDMC). Sie stellte die Arbeit ihrer NGO vor, der es vor allem um Bildungsangebote für junge Menschen in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur geht. Eine ernsthafte Vergangenheitsbearbeitung finde in Albanien nicht statt, was sie als mögliche Gefahr für eine Konsolidierung der Demokratie in Albanien sah. – Um die Frage, wie man Missbrauch und Manipulation von Opfernarrativen durch die Politik verhindern könne, ging es bei *Stefan Filipović* von der kosovoserbischen NGO Center for Peace and Tolerance (CPT). Er schlug vor, die individuelle, persönliche Perspektive in der Erinnerungskultur in den Vordergrund zu rücken und somit den Opfern ihre Würde zurückzugeben.

Mark Baskin vom Rochester Institute of Technology, Kosovo, moderierte das fünfte und letzte Panel unter dem Titel „**Restorative Justice and Truth-Seeking Initiatives**“. Um symbolische Wiedergutmachung und die ex-jugoslawische Erinnerungslandschaft drehte es sich bei *Vjieran Pavlaković* von der Universität Rijeka. Er untersuchte vor allem anhand von Denkmälern des Krieges in den 1990er Jahren und Gedenkveranstaltungen in Kroatien, wie Opfern der „anderen Seite“ gedacht wird – oder wie sie verschwiegen werden. – *Paul Miller* vom McDaniel College Budapest widmete sich dem bosnischen Ort Ahmići, in dem während des kroatischbosniakischen Krieges 1993 ein Massaker an Zivilisten stattfand. Trotz gut dokumentierter Fakten durch das Haager Kriegsverbrechertribunal existierten vor Ort antagonistische Narrative. In seiner Feldforschung will Miller der Frage nachgehen, wie Rechtsprechung die Geschichtsschreibung beeinflusst – und umgekehrt.

Wie, falls überhaupt, die serbische Öffentlichkeit durch Institutionen von Kriegsverbrechen erfuhr, war das Thema einer Pilotstudie, die *Andjelka Marković* von der Belgrader NGO Tri Tačke vorstellte. Öffentlich finanzierte Medien und Institutionen würden Kriegsverbrechen als einzelne, isolierte Geschehnisse präsentieren. Auch in Museen und öffentlichen Bibliotheken würde man nichts zu dem Thema finden, monierte Marković. – *Roswitha Kersten-Perjanović* von der Humboldt-Universität Berlin stellte erste Ergebnisse ihrer Feldforschung zu linguistischen Landschaften vor: Sie untersucht Graffiti in der kroatischen Una-Gegend. So gut wie alle Graffiti hätten einen Bezug zum Krieg und würden ethnische Spannungen widerspiegeln. Während teilweise versöhnliche Ansätze im *top-down*-Diskurs erkennbar seien, sei der *bottom-up*-Diskurs – wie er sich in den Nachrichten an Häuserwänden zeige – durchweg chauvinistisch, nationalistisch und unversöhnlich.

Geschlechtsspezifische Gewalt im Kontext von Krieg und Konflikt war das Thema von *Jasna Jozelić*, Universität Oslo, die Vergewaltigungen im bosnischen Krieg als gezielte Kriegsstrategie zur ethnischen Säuberung einstufte. Sie beklagte, dass es keine umfassenden Daten gebe, sehr unterschiedliche Gesetze in den beiden bosnischen Landesteilen, sich keine Institution mit geschlechtsspezifischer Gewalt befassen wolle, und es so zu einem „silent suffering“, einem stillen Leiden käme.

In einem abschließenden Resümee der Konferenz bemerkte Eric Gordy, dass vor zehn bis fünfzehn Jahren eine vergleichbare Konferenz zu Übergangsjustiz vorwiegend von Juristen und Juristinnen bestimmt worden wäre. Heute hingegen gelte die frühere Annahme, dass es durch Kriegsverbrecherprozesse zu Wahrheitsfindung, Katharsis und Versöhnung komme, als zu eingeschränkt. Übergangsjustiz sei die Aufgabe von Historikern, Soziologen, Pädagogen, Therapeuten – von ganzen Gesellschaften. – Die Veranstalter planen die Veröffentlichung der Konferenzbeiträge für 2019 und eventuell eine Weiterführung der Konferenzreihe in der Zukunft.